„Ein Standort rechts von der Union"

SPIEGEL-Redakteur Heiko Martens über Ursprünge und Konsequenzen des Lambsdorff-Papiers

> Das Prinzip des Kapitalismus besteht darin, erst zu geben und später zu nehmen, die Nachfrage ist schon im Angebot enthalten.
>
> George Gilder: „Reichtum und Armut", Berlin 1981

Heftig erregte sich Otto Graf Lambsdorff am Dienstag vergangener Woche in der Fraktion der FDP über den wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Wolfgang Roth. Der hatte dem Wirtschaftsminister den „stumpfsinnigen Vorwurf" (Lambsdorff) gemacht, er strebe in der Bundesrepublik frühkapitalistische Experimente nach dem Vorbild des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan an.

Ein Zwischenruf brachte den Grafen noch mehr in Rage. „Bis gestern war der Vorwurf falsch", fuhr die FDP-Finanzexpertin Ingrid Matthäus-Maier dazwischen, „ab heute nicht mehr."

Das Heute: Lambsdorffs „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" – ein Papier, das die Sozialliberalen endgültig auseinandertrieb; ein Entwurf, an dem die Bundesrepublik nun unter christlich-liberaler Führung genesen soll.

Auch über das Ende der SPD-FDP-Koalition hinaus werden die Gedanken des Wirtschaftsgrafen die Republik in zwei Lager teilen: in die Gruppe jener, die wie Lambsdorff in Steuersenkungen für die Unternehmen und harten Schnitten bei den Sozialleistungen die einzige Möglichkeit sehen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und neuen Zuwachs an Wohlstand zu schaffen. Und jenen, für die Lambsdorffs Vorschläge Klassenkampf von oben bedeuten, ein unzumutbares Maß an sozialer Ungerechtigkeit und eine Radikalisierung der bundesdeutschen Gesellschaft.

Gehandelt werden muß: Im Herbst werden zwei Millionen Deutsche ohne Arbeit sein. Eine starke Zunahme der Erwerbsbevölkerung und eine unvermeidliche Rationalisierung werden in den nächsten Jahren diese Zahl weiter in die Höhe treiben. Die Unterbeschäftigung beseitigen, Arbeitsplätze schaffen – Otto Graf Lambsdorff meint das Konzept dafür vorgelegt zu haben.

Originell sind seine Vorschläge mitnichten. Die sogenannten Angebotsökonomen, denen Ronald Reagan und Margaret Thatcher schon Gefolgschaft leisteten, führten auch Lambsdorff die Feder.

Es gilt danach, die Bedingungen für den Produktionsapparat, der das Warenangebot schafft, zu verbessern. In einer freien Wirtschaft entsteht ein Arbeitsplatz, wenn eine Firma gegründet wird und Mitarbeiter eingestellt werden, wenn Unternehmen ihre Produktionsanlagen erweitern. Das gesamte Wirtschafts-, Rechts- und Sozialsystem muß daher darauf ausgerichtet werden, die Bedingungen für private Investitionen zu verbessern.

Der Staat sollte, so fordern die Angebotsökonomen, die Steuern senken und Sozialleistungen beschneiden; er sollte auch sämtliche Verpflichtungen der Unternehmer, die sich aus anderen Zielen wie Umweltschutz, Chancengleichheit oder Gleichberechtigung ergeben, zurückdrehen.

In Lambsdorffs Papier ist nachzulesen, was den Tatendrang der Unternehmer bremst.

Es stören Schutzgesetze für Jugendliche, und es stört das Verbot, Frauen schlechter zu behandeln als Männer. Ärgerlich ist es für die Produzenten, wenn sie für Funktion und Qualität ihrer Güter haften sollen. Hinderlich ist das Dreinreden von Arbeitnehmern, denen das Parlament Mitbestimmungsrechte einräumte. Schärfere Bilanzierungsvorschriften, mit denen Steuermanipulationen erschwert werden, kann freies Unternehmertum nur als lästig empfinden. Datenschutz, der die Rechte des einzelnen vor integrierten Informationssystemen wahren will, erschwert den Geschäftsgang.

Könnte Otto Graf Lambsdorff allein die Richtlinien der deutschen Politik festlegen, dann würde die, wie es Lambsdorff-Kritiker in der eigenen Partei sehen, allein von der Interessenlage der Produzenten bestimmt – „ein gesellschaftspolitischer Standort deutlich rechts von der Union", so ein FDP-Abgeordneter.

Lambsdorffs Konzept mutet an wie Politik aus dem Computer. Oben werden die Daten eingegeben, unten kommen die Handlungsanweisungen für die Politik heraus.

Oben kommt rein, daß die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote – also der Anteil der Investitionen an dem, was eine Volkswirtschaft insgesamt erwirtschaftet – von 24,1 Prozent in den sechziger Jahren auf rund 21 Prozent in den Achtzigern gesunken ist. Die Angebotstheoretiker sagen, warum die Unternehmer nicht investieren: Die Investition verspreche zuwenig Gewinn.

Denkschrift-Autor Lambsdorff: Klassenkampf von oben

Der Profit wird von den erzielbaren Preisen und von den Kosten bestimmt. Also müssen die Kosten, wenn an freier Preisbildung festgehalten werden soll, reduziert werden.

Die Antwort, die unten rauskommt, ist eindeutig: Die Belastungen derjenigen, die investieren könnten, es aber nicht tun, müssen verringert werden. Der Staat soll sich aber auch nicht weiter verschulden, weil dies die Zinsen treibt und mithin die Unternehmen belastet. Also muß die öffentliche Hand ihre Ausgaben kürzen – bei jenen, die ohnehin nicht investieren können, weil sie das Geld zum täglichen Leben benötigen.

tz, München

„ . . . und komme nun zum Schluß meiner Ausführungen über die Grundbegriffe der modernen Chirurgie"

Lambsdorff bietet ein Umverteilungsprogramm, an dem dankenswerterweise nichts mehr kaschiert wird.

Die Gewerbesteuer, die netto 20 Milliarden Mark bringt, will er abschaffen. Die Entlastung käme zum überwiegenden Teil den Großunternehmen zugute. Denn großzügige Freibeträge entlasten Klein- und Mittelbetriebe ohnehin weitgehend von Gewerbesteuerzahlungen. Bei den Großen aber entscheidet eine steuerliche Entlastung zuallerletzt über langfristige Investitionspläne.

Die Vermögensteuer soll nach Lambsdorffs Vorstellungen halbiert werden. Die Vermögenden zahlen dann 2,5 Milliarden Mark weniger.

Insgesamt addieren sich die Geschenke, die der Freidemokrat Unternehmern und Gutverdienenden gewähren will, auf mindestens 40 Milliarden Mark im Jahr. Zum Ausgleich will er die Mehrwertsteuer anheben; das heißt, vor allem die Kleinverdiener, die so gut wie alles ausgeben, sollen über höhere Preise zahlen.

Am rabiatesten geht der alte und wohl auch der neue Wirtschaftsminister mit den Empfängern von Sozialleistungen um.

Überzogene staatliche Hilfszahlungen hemmen, so hat er gelernt, den Leistungswillen; sie binden Teile des Bruttosozialprodukts, die dann für eine produktive Verwendung nicht mehr zur Verfügung stehen.

Sicher: In den vergangenen Jahren gewährten die Regierenden allzu viele Sozialgaben planlos, ohne Konzept. Die Kosten explodierten, ohne daß mehr Gerechtigkeit geschaffen wurde.

Die ehemaligen Koalitionspartner waren sich einig, daß dieses Sozialgestrüpp durchforstet werden sollte. Es geht beispielsweise nicht länger an, daß Staatsangestellte im Ruhestand Monat für Monat mehr auf dem Konto haben als in ihrer aktiven Zeit und daß gleichzeitig noch Millionen Kleinstrentner mit unter tausend Mark im Monat auskommen müssen. Es geht auch nicht länger an, daß die Landwirtschaft bei allen Etatreformen ausgespart wird.

Lambsdorff freilich drückt sich vor Aussagen über die Lösung solcher Mißstände. Der Graf bietet lediglich ein phantasieloses Kürzungsprogramm – bei der Arbeitslosenversicherung, bei der Sozialhilfe, bei den Schülerstipendien und bei der Lohnfortzahlung.

Hier offenbart sich der schwächste Teil in der Theorie der Angebotsökonomen. Ihr ökonomischer Ahnherr Jean Baptiste Say hat in seinem 1803 erschienenen Standardwerk „Traité d'Economie Politique" das Theorem für ihre Überlegungen geliefert: Wird ein Gut produziert, dann entstehen bei der Produktion Einkommen. Diese Einkommen entsprechen immer gerade der Produktion. Die Waren werden gekauft. Ein Überangebot kann es also nicht geben – das Angebot bestimmt die Nachfrage.

Was aber geschieht, wenn die Arbeitnehmer, etwa aus Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes, nicht kaufen, sondern sparen? Was passiert, wenn die Angebotsökonomen Einkommen derart massiv umschichten, daß diejenigen, die kaufen sollen, kein Geld haben? Daß jene, die das Geld bekommen, nicht investieren, weil sie niemanden finden, der kauft? In den USA jedenfalls sorgte die Steuersenkung bislang nicht für einen Kaufrausch, weder für Konsum- noch für Investitionsgüter.

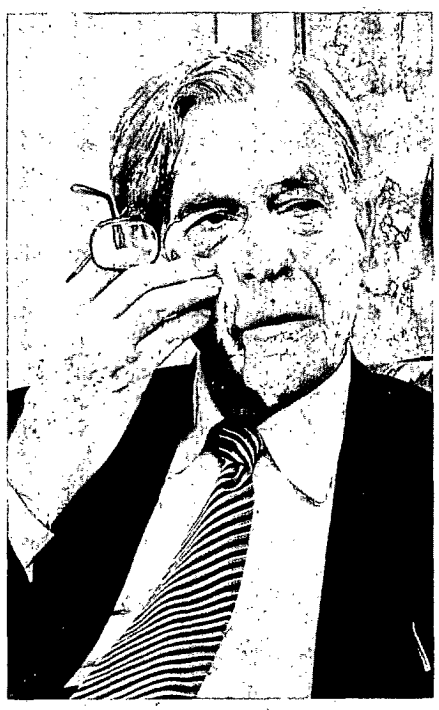
Würde in Deutschland die Arbeitslosenunterstützung von 68 auf 50 Prozent des letzten Nettoeinkommens reduziert, wie Lambsdorff vorschlägt, dann hätte der durchschnittliche Arbeitslose statt rund tausend noch 750 Mark im Monat zum Leben. Die 250 Mark, auf die er verzichten muß, hätte er sicherlich ausgegeben. Bei dem Besserverdienenden, der zukünftig 250 Mark Vermögensteuer weniger zu zahlen hätte, ist keineswegs sicher, daß er diesen Gewinn in Wareneinkäufe umsetzt.

Wenn das Arbeitslosengeld reduziert wird, steigen viele Arbeitslose zu Sozialhilfeempfängern ab. Lambsdorff will auch hier kürzen und den „für die Bemessung der Regelsätze relevanten Warenkorb auf Angemessenheit" überprüfen.

Nach dem geltenden Warenkorb stehen einem alleinstehenden Erwachsenen im Monat unter anderem zu: sechs Flaschen Bier, 1,5 Tafeln Schokolade, 60 Gramm Seife, 50 Gramm Zahncreme, sechs Busfahrten, eine halbe Kino- oder Theaterkarte, vier Kilowatt-Stunden Strom pro Tag.

Seit Jahren gehört es zur gesicherten Erkenntnis der Unternehmerverbände, daß hohe Steuern, Nebenlasten, Soziales, kurz mangelnde Rendite die Manager vom Investieren abhalten. Doch Zweifel an der griffigen These, daß zu geringe Gewinne ins Unheil geführt haben, scheinen angebracht. In den letzten zehn Jahren stiegen die Nettogewinne aller Unternehmen im Schnitt um 7,4 Prozent, die Nettoinvestitionen aber nur um 4,2 Prozent.

Gewichtiger scheint, daß der Zuwachs des privaten Verbrauchs abflachte, daß im vorigen wie in diesem Jahr zum ersten Mal in der Nachkriegszeit der private Konsum sogar real zurückgegangen ist. In Zeiten gebremster staatlicher Transferleistungen, in Zeiten, in denen die Lohnzuwächse nicht einmal die Teue-



Ökonom Galbraith
„Ein Deckmäntelchen für die Reichen"

rungsrate ausgleichen, wundert das nicht.

Es ist schwer einzusehen, warum Unternehmer ihre Produktion erhöhen sollen, wenn sie der Meinung sind, daß sie ihre Produkte nicht absetzen können. Warum sie investieren sollen, in der vagen Hoffnung, daß Monsieur Say doch recht hatte, daß sie also mit ihren Investitionen Einkommen schaffen und die Bezieher dieser Einkommen die Produkte schon kaufen werden.

Das so schlüssige, einseitige Konzept der Angebotstheoretiker birgt die Gefahr, daß von unten nach oben umverteilt wird, daß fette Gewinne anfallen, daß nicht investiert wird und der Konsum weiter absackt. „Wirtschaftspolitischer Overkill", so Werner Tegtmeier aus dem Bonner Arbeitsministerium, wäre die Folge. „Angebotspolitik", sagt der US-Ökonom John Kenneth Galbraith, „ist ein Deckmäntelchen, um den Reichen heimlich, still und leise mehr Geld zuschanzen zu können."

Selbst wenn alles so liefe, wie der Minister und seine Helfer hoffen – es wäre immer noch zweifelhaft, ob Lambsdorffs Wachstumskonzept genügend Entlastung brächte.

Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg wäre bis 1990 ein jährliches Wirtschaftswachstum von vier bis viereinhalb Prozent nötig, um die Zahl der Arbeitslosen zumindest nicht steigen zu lassen. Doch Wachstumsraten, die Vollbeschäftigung wiederherstellen könnten, schrieben linksorientierte FDP-Abgeordnete in einer Anmerkung zum Konzept des Grafen, seien auch mit rigoroser Angebotspolitik nicht zu erreichen.

Arbeitszeitverkürzungen kommen in den Konzepten der auf Wachstum gepolten Angebotsdenker nicht vor. Eine natürliche Arbeitslosigkeit, eine feste Quote an Unbeschäftigten, so darf vermutet werden, ist im Konzept enthalten. Sie drückt die Löhne und die Krankheitsquote. „Die darin liegende Kälte gegenüber Einzelschicksalen", so die Freidemokraten in ihrem Gegen-Papier, „ist ein typisches Kennzeichen gesellschaftlicher Radikalkuren."

Der Radikalismus des Wirtschaftsministers birgt hohe Risiken. Dafür, daß die freien Unternehmer sich so verhalten, wie es die Theoretiker unterstellen, hat Lambsdorff keine Gewähr. Sicher aber scheint, daß die damit verbundene Einkommensverteilung, daß die Unterordnung aller Lebensbereiche unter die Zwänge des Produzierens den bundesdeutschen Sozialkontrakt aufs Spiel setzt.

Horst-Ludwig Riemer, einst Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen und unter den Freidemokraten gewiß nicht der Linksabweichung verdächtig, wies Lambsdorff vorige Woche auf den wichtigsten Mangel in seinem Papier hin. Auch der soziale Friede, so Riemer, „ist ein Produktionsfaktor". ◆

Eine Krankenversicherung, mit der man Geld sparen kann?

Vergleichen Sie selbst, wieviel Sie bisher für Ihren Krankenversicherungs-Schutz zahlen. Und dann lassen Sie sich sagen, wie preiswert die DKV ist.

Hier der Beweis:
Eine junge Familie. Der Mann 32 Jahre und die Frau 28 Jahre sind gutverdienende Angestellte. Zusammen mit der Vollversicherung für die 6jährige Tochter zahlen sie für alle Leistungen der privaten Krankenversicherung nur ca. 225,– DM, einschließlich des Beitrags für das Krankentagegeld beider Erwachsener. Den Rest übernimmt der Arbeitgeber als gesetzlichen Anteil, wie bisher. Wenn Sie jünger sind, zahlen Sie noch weniger, etwas mehr, wenn Sie älter sind.

Als Privatpatienten, mit allen Vorteilen, zahlen wir weniger als zuvor.

Deutsche Krankenversicherung
Aktiengesellschaft
Postfach 10 05 88 · 5000 Köln 1 · Telefon: (02 21) 5 78-1